

Wolfgang Bittner

E-Book

Edition

DEUTSCHLAND **verraten und verkauft**

Hintergründe und Analysen



zeitgeist
Print & Online

Wolfgang Bittner

E-Book

Edition

DEUTSCHLAND **verraten und verkauft**

Hintergründe und Analysen



zeitgeist
Print & Online

Über den Autor



Wolfgang Bittner lebt als Schriftsteller und Publizist in Göttingen. Der promovierte Jurist schreibt Bücher für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Er erhielt mehrere Preise und Auszeichnungen und ist Mitglied im PEN. Von 1996 bis 1998 gehörte er dem Rundfunkrat des WDR an, von 1997 bis 2001 dem Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller. Ausgedehnte Reisen führten ihn nach Vorderasien, Mexiko, Kanada und Neuseeland, Gastprofessuren 2004 und 2006 nach Polen. Wolfgang Bittner war freier Mitarbeiter bei Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen und hat mehr als 60 Bücher veröffentlicht, zuletzt das Sachbuch »Der neue West-Ost-Konflikt - Inszenierung einer Krise« und den Roman »Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen«.

Umschlagtext

Auf den ersten Blick mag es provokant klingen, doch wird es von Wolfgang Bittner mit Fakten so schlüssig wie erstaunlich belegt: Deutschland war und ist verraten und verkauft. Diese zentrale Erkenntnis vermittelt er im Buch, indem er sich der Thematik gleichsam in konzentrischen Kreisen nähert – stets darauf bedacht, seine Aussagen mit Zitaten von Experten zu stützen. Der Leser erhält so einen umfassenden Überblick über die Hintergründe der derzeitigen weltpolitischen Situation, auch Deutschlands Perspektive in Nach- Corona-Zeiten bleibt nicht unbeachtet.

Zunächst erläutert der Autor die überragende geopolitische Bedeutung Eurasiens und wendet sich dann dem von den USA angeführten fatalen Aggressionsbündnis gegen Russland und China zu. Umfassend geht er auf die Missachtung deutscher Interessen durch die US-amerikanische sowie auch die offizielle deutsche Politik ein und verweist warnend auf das Gewaltmonopol der Vereinigten Staaten und deren unipolaren Machtanspruch. Weitere Stichworte sind Versailles, Weimarer Republik und Hitlers Aufstieg, das Versagen der Medien, aber auch die Corona-Krise in Verbindung mit dem sogenannten Great Reset.

Das vorliegende Werk bietet mit seinen zahlreichen Zitaten und Hinweisen einen unschätzbaren Fundus an politischem, kulturwissenschaftlichem und historischem Wissen.

Klappentext

Die USA maßen sich an, Einfluss auf alles zu nehmen, was in der Welt geschieht. Als höchstgerüstete Militärmacht setzen sie ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen rücksichtslos mittels völkerrechtswidriger Interventionen, Sanktionen und Kriegen durch. Deutschland, seit 1945 Frontstaat und Brückenkopf der USA, folgt weitgehend den Vorgaben aus Washington und macht sich mitschuldig. Politik und Gesellschaft, Organisationen und Medien, sogar Regierung und Parlament sind durchsetzt mit korrumpierten oder ideologisch befangenen Einflusspersonen, die nicht das Wohl der breiten Bevölkerung im Blick haben. Im Hintergrund agiert eine kleine Gruppe egomanischer Multimilliardäre, die sich als Weltelite versteht. Sie wirkt auf die Politik der westlichen Welt ein und verfügt über die dafür notwendigen Mittel und Hilfskräfte. Insofern ist es an der Zeit für eine fundamentale Umorientierung, wozu es zuvorderst umfassender Aufklärung bedarf.

Wolfgang Bittner

DEUTSCHLAND - VERRATEN UND VERKAUFT

Hintergründe und Analysen

zeitgeist
Print & Online

1. elektronische Ausgabe: Mai 2021
© Verlag zeitgeist Print & Online, Hör-Grenzhausen 2021
© Wolfgang Bittner 2021
Alle Rechte vorbehalten

Dieses E-Book ist für den persönlichen Gebrauch des Käufers bestimmt, jede anderweitige Nutzung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlags oder Autors. Jegliche Form der Vervielfältigung oder Weitergabe, auch auszugsweise, verstößt gegen das Urheberrecht und ist untersagt.

Redaktionsschluss: Januar 2021
Übersetzungen, wenn nicht anders angegeben, durch den Autor
Satz: Hoos Mediendienstleistung, Landau
Coverdesign: Grafikfee GmbH, Bingen
E-Book-Erstellung: CPI books GmbH, Leck

ISBN E-Book-Ausgabe: 978-3-943007-37-4
ISBN gedruckte 978-3-943007-34-3

www.zeitgeist-online.de

Kollektivschuld

Wir haben es nicht gewusst,
Keiner hat es gewusst,
Keiner hat es wissen wollen,
Keiner wollte es wissen.
Selbst wer es hätte wissen können,
Hat es nicht wissen wollen,
Selbst wer es wissen konnte,
Wollte es nicht wissen.

So ist das gewesen,
Was hätten wir denn tun können,
Wenn wir nichts wussten?
Wir haben uns nichts vorzuwerfen,
Wir lassen uns auch nichts vorwerfen!

Keiner hat es gewollt,
Und keiner hat es gewusst,
Manche haben es zwar geahnt,
Aber gewusst hat es in Wirklichkeit keiner,
Alle haben es nicht gewusst,
Alle haben es nicht gewollt,
Wer etwas hätte wissen können,
Hätte es auch nicht gewollt,
Wenn er etwas gewusst hätte,
Uns kann keiner etwas wollen.

Wolfgang Bittner

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Die geopolitische Bedeutung Eurasiens

Die Herzland-Theorie

Chinesisch-russisches Infrastrukturprojekt One Belt, One Road

USA vs. China und Russland

Das fatale Aggressionsbündnis soll erweitert werden
Konfrontationskurs der USA und Großbritanniens
gegen China

Die militärische Ausrichtung

Globalpolitische Strategien im Sinne der USA

Das Schreckgespenst der russischen Bedrohung

US-Propaganda auf der Münchner
Sicherheitskonferenz 2020

Russland sichert seine Zweitschlagfähigkeit

Die NATO-Osterweiterung

Die Kriegsgefahr rückt immer näher

Vorbereitung auf den »Ernstfall«

Deutsche Politik unter Missachtung deutscher Interessen

US- und NATO-affine Politiker

Völkerrechtswidrige Eingriffe der USA in deutsche
Angelegenheiten

Sanktionskrieg der USA

Vorgaben aus Washington

Die Last der »deutschen Schuld«

Deutschland, USA, Russland

Das nordatlantische Bündnis vor St. Petersburg

Aufrüstung – gegen wen?

Die Berliner Blase

Sogenannte Volksvertreter

Missachtung des Grundgesetzes durch die Regierung

Hegemonialpolitik der USA

Die gesteuerte Krise

Der Hegemon pfeift, und der Vasall spurt

Umkehrung der Fakten

Das Gewaltmonopol der USA und ihre Komplizen

Weitere Brennpunkte US-amerikanischer

Einflussnahme

Frontstaat und Brückenkopf Deutschland

Wie die Bevölkerung zum Narren gehalten wird

Nord Stream 2 – Musterbeispiel für mangelnde
deutsche Souveränität

Die Pipeline und der Fall Nawalny

Verdeckte Operationen und ihre Propagandisten

Zweifel werden ignoriert

Wie weiter?

Die Selbsteinschätzung der Supermächte

USA: Die Arroganz der Macht und praktizierter
Größenwahn

Russland sieht sich bedroht

Obama und Putin auf den UN-Vollversammlungen
2014 und 2015

Erster Weltkrieg, Versailler Vertrag, Hitler und Zweiter Weltkrieg

Intrigenspiel gegen das Deutsche Reich und
Österreich-Ungarn

Die Destabilisierung der Weimarer Republik

Das EU-Parlament provozierte Russland, und Putin antwortete

Stalin und Hitler – Verursacher des Zweiten
Weltkriegs?

Das Münchner Abkommen

Der Hitler-Stalin-Pakt

Bewahrung des historischen Gedächtnisses

Putin setzt auf die »Großen Fünf«

Permanente Propaganda gegen Russland

Kampagnenpolitik

Meinungsmache und Deutungshoheit

Diffamierung, Lüge, Aggression

Die russische Position 2019/2020

Die Systemfrage

US-Präsidentschaft

Donald Trump und das Establishment

Joe Biden – ein korrupter Bellizist

Regierungswechsel 2021

Corona-Krise – eine Entwicklung

Die Pandemie und die Folgen

Eine irrealer, unbegrenzte Ausnahmesituation

[Kritik und Gegenkritik](#)

[Panikmache und Aktionismus](#)

[Kontrolle und Überwachung](#)

[Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen](#)

[Ein Zwischenruf aus dem Umfeld des Bundestages](#)

[Expertenmeinungen](#)

[Warnung vor der Dominanz der Kapitaleliten](#)

[Parlamentarier, Medien und Ärzteschaft formieren sich neu](#)

[Corona in Permanenz](#)

[Offene Fragen](#)

[Lockdown-Strategie und Sterblichkeit](#)

[Teile und herrsche](#)

[Letzte Meldungen](#)

[Resümee und Schlussfolgerungen](#)

[Bildquellen](#)

Vorbemerkung

Die Menschheitsgeschichte ist voller Tragödien, kleiner und großer, und vor unseren Augen spielt sich – abgesehen von den Folgeerscheinungen der Corona-Krise – eine der größten ab: der wieder neu entflammte Ost-West-Konflikt (richtiger: West-Ost-Konflikt), der sich nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, als der 1945 von den USA angefachte Kalte Krieg schon fast beendet schien, zu einer existenziellen Gefahr für ganz Europa und inzwischen auch für China entwickelt hat.

Angeblich wollen alle Frieden, und es ist wohl nicht übertrieben, zu sagen, dass in Frieden und Wohlstand zu leben ein uralter Menschheitswunsch ist. Dennoch herrschen auch noch im 21. Jahrhundert weltweit Chaos, Konflikte und Kriege. Doch Kriege fallen nicht vom Himmel, Konflikte werden zumeist inszeniert, und chaotisierte Staaten lassen sich leicht vereinnahmen. Insofern erscheint es sinnvoll, der Frage nachzugehen, warum das so ist, wer ein Interesse daran hat, wer die Fäden zieht und dadurch profitiert.

Westeuropa in den Blick nehmend, ist festzuhalten und inzwischen auch wissenschaftlich belegbar, dass der zentrale Staat Deutschland – eines der wichtigsten Kulturländer der westlichen Hemisphäre – seit mehr als einem Jahrhundert immer wieder erneut destabilisiert und niedergehalten wurde, und zwar von missgünstigen, intriganten Drahtziehern aus dem britisch-amerikanischen Establishment mithilfe derer Dienste sowie willfähriger Individuen im eigenen Land. Das gilt nach wie vor, denn de

jure herrscht immer noch Waffenstillstand, weil ein Friedensvertrag nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart nicht zustande gekommen ist beziehungsweise verweigert wurde.

Das Deutsche Reich, nach dem provozierten Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag gedemütigt und ausgeplündert, nach dem Zweiten Weltkrieg und der bedingungslosen Kapitulation von den Siegermächten besetzt, wurde durch den Torso Bundesrepublik Deutschland als Einflussgebiet und europäischer Brückenkopf der USA abgelöst. Die Hintergründe dieses Dramas werden erst ganz allmählich und nach Öffnung der Archive sichtbar. Das wird eingehender, differenzierter Betrachtung bedürfen.

In aller Kürze kann jedoch festgestellt werden: Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem Deutschland unzutreffend eine »Alleinschuld« zugewiesen wurde, musste es insbesondere an Polen weite Gebiete abgeben, es verlor seine Handels- und Kriegsflotte, seine Industriegebiete wurden besetzt und die vorhandenen Ressourcen ausgebeutet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland vollends ruiniert, es wurde geteilt, hatte seit 1918 etwa ein Drittel seines Staatsgebietes verloren und wurde de facto nicht wieder vollständig souverän. Die damaligen Siegermächte sind immer noch präsent, die Bundesrepublik Deutschland steht unter Kuratel der USA sowie unter latenter Beobachtung Großbritanniens und Frankreichs, wie der sogenannten »Feindstaatenklausel«¹ der Charta der Vereinten Nationen zu entnehmen ist, auch wenn das bemäntelt wird und viele es nicht wahrhaben wollen.

Analysiert man die Geschehnisse aus heutiger Sicht unter Kenntnis des seit Kurzem zugänglichen Archivmaterials, ging und geht es den Imperialmächten England, USA und

Frankreich darum, zu verhindern, dass sich auf dem eurasischen Kontinent eine konkurrierende Macht entwickelt. Deshalb boykottierten sie nicht nur eine Kooperation Deutschlands mit Russland, sondern brachten beide Länder in zwei Weltkriegen gegeneinander in Stellung, was Millionen Menschenopfer gekostet und fast zum Ruin geführt hat.

Darauf einzugehen kann selbstverständlich nicht bedeuten, eine deutsche Schuld an den unmenschlichen Geschehnissen während der Zeit des Nationalsozialismus in Zweifel zu ziehen oder zu relativieren. Lagen die Ursachen für den Ersten Weltkrieg noch weitgehend außerhalb des Wirkungsbereichs deutscher Politik, stellen die Ereignisse in den Jahren 1933 bis 1945 unzweifelhaft einen zivilisatorischen Bruch dar, den ein großer Teil der Bevölkerung zu verantworten hatte.

Und es ist auch nicht in Abrede zu stellen, dass zuvor schon deutsche Überheblichkeit, eine in der elitären Führungsschicht verbreitete Mischung aus Hochmut und Naivität, zu den Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern beigetragen hat. Aber im Vergleich mit den sich seit dem 18. Jahrhundert gewaltsam über die ganze Welt ausbreitenden Kolonialmächten waren das Deutsche Reich und auch Österreich-Ungarn bis zum Ersten Weltkrieg eher auf sich und die eigene Prosperität bezogene, nahezu friedfertige Staaten.

Diese Friedfertigkeit sollte nach den beiden Kriegskatastrophen und der Nazidiktatur durch das 1949 erlassene Grundgesetz festgeschrieben werden. Aber das am 23. Mai 1949 als Bundesrepublik gegründete Restdeutschland wurde in die Aggressions- und Sanktionspolitik der USA mit der von ihr dominierten NATO eingebunden und steht als NATO-Mitglied in einem

sogenannten Bündnisfall erneut im Krieg, gegen wen auch immer, aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Russland.

Die Positionierung der NATO (mit Deutschland) gegen Russland ermöglicht es den USA, im pazifischen Raum weiter gegen China vorzugehen. Grund ist das stetig wachsende Potenzial des bislang noch global agierenden Landes. China ist dabei, mit seiner Wirtschaftskraft die USA zu überholen, und inzwischen die zweitgrößte Militärmacht der Welt. Hinzu kommt das von China und Russland auf den Weg gebrachte One-Belt-One-Road-Projekt, auch Neue Seidenstraße oder Belt-and-Road-Initiative (BRI) genannt, als größtes Infrastrukturprogramm der neueren Geschichte.

Die USA sehen also ihren unipolaren Anspruch ernsthaft infrage gestellt und unternehmen alles, um sich als weltbeherrschende Macht zu behaupten. Die von China für seinen Aufstieg genutzte Globalisierung des Handels, die bisher vor allem den USA zugutegekommen ist, soll beendet und China ebenso wie Russland isoliert werden. Das ist die Zielrichtung, die sich abzeichnet. Diese globale Situation bedeutet, wenn sich nichts Grundlegendes ändert, keine gute Perspektive für Deutschland. Um zu erfassen, warum dem so ist, bedarf es nicht nur einer Analyse der gegenwärtigen Politik, sondern darüber hinaus eines Blickes in die Weltgeschichte sowie auf den Zustand Deutschlands in den letzten 150 Jahren.

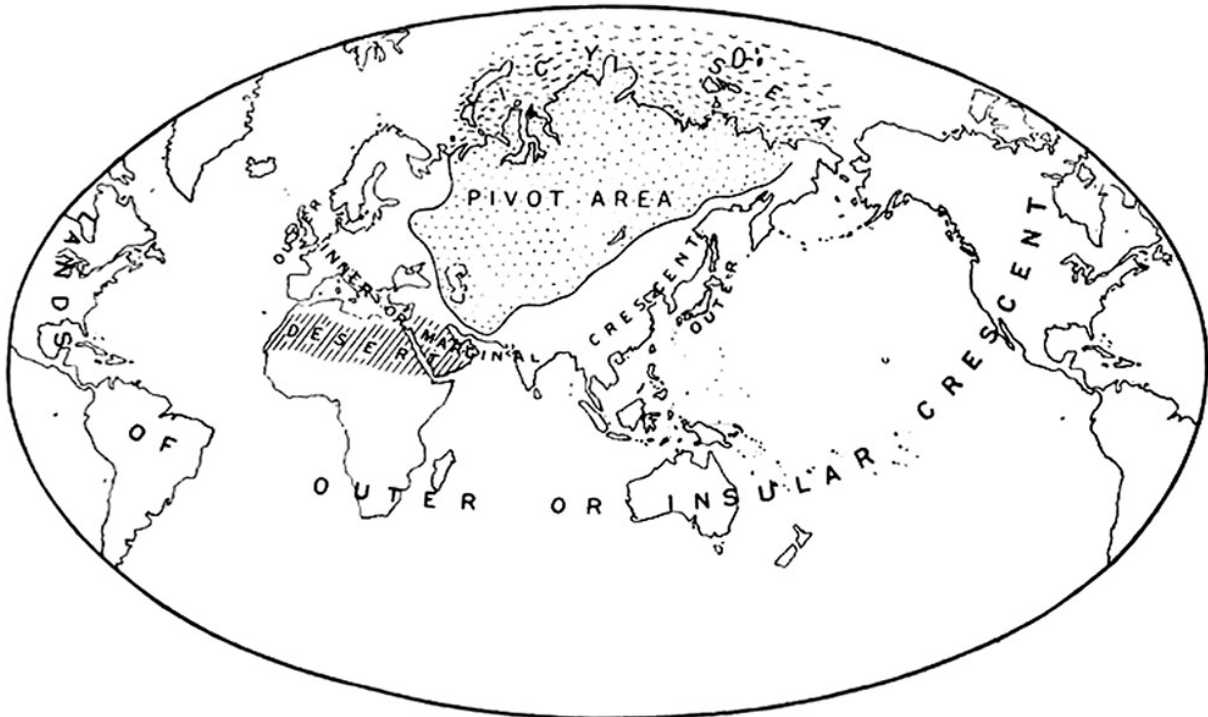
Die geopolitische Bedeutung Eurasiens

Die Herzland-Theorie

Die britisch-amerikanischen geopolitischen Vorstellungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts – ohne zu übertreiben, lässt sich sagen: zur Beherrschung der Welt – hat eindrucksvoll der britische Geograf und Präsident der Königlich Geografischen Gesellschaft Halford Mackinder (1861–1947) dargestellt. Seine vorübergehend in Vergessenheit geratene Herzland-Theorie als »Schlüssel zur Weltherrschaft« kann als grundlegend für die britisch-amerikanische Imperialpolitik gelten. 1904 ging er in seinem programmatischen Vortrag »The Geographical Pivot of History« von einer »Weltinsel« aus, der größten zusammenhängen Landmasse der Welt, bestehend aus den Kontinenten Europa, Asien und Afrika, mit einer »Drehpunktregion« (»Pivot Area«) in Eurasien.² Dem folgte 1919 die Studie »Democratic Ideals and Reality« mit seiner »Heartland Theory«, wonach die Welt beherrscht, wer das Zentrum Eurasiens, die »Pivot Area« kontrolliert.³

Mackinder sah durch eine sich aus diesem Zentrum des eurasischen Kontinents entfaltende Landmacht, die unabhängig von den Weltmeeren wäre, die universale Hegemonie Englands gefährdet, welche auf ihrem Status als vorherrschender Seemacht basierte. In diese Richtung wies die fortschreitende technische Entwicklung, die eine wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erschließung weiter

Teile des Kontinents ermöglichte, zum Beispiel durch die Transsibirische Eisenbahn oder auch die Bagdad-Bahn bis in die Ölfelder des Iraks. Mackinders »Herzland« war das Gebiet des Russischen Reiches und der späteren Sowjetunion, und seine Theorie stellte seinerzeit eine Warnung vor dem Verlust der britischen Dominanz dar.⁴



Die Aufteilung der Welt nach der Herzland-Theorie von Halford Mackinder

Die USA haben in diesem Konstrukt keine herausragende, großartige Bedeutung, die sie jedoch beanspruchten und durchsetzten. Spätestens im Zweiten Weltkrieg übernahmen sie die unangefochtene Kontrolle der Weltmeere und lösten damit Großbritannien als führende Seemacht ab. Daraus erklärt sich, warum sie - in Fortsetzung der britischen Imperialpolitik - eine Kooperation Deutschlands mit Russland seit mehr als einem Jahrhundert verhindern und seit dem Ende der

Sowjetunion auf einen Regimewechsel in der Ukraine hingearbeitet haben, was in Russland mit der Regierung Jelzin nicht ganz gelungen war, in Kiew aber 2014 schließlich zum Erfolg führte. Mackinders Grundideen hat sich später der polnisch-US-amerikanische Politologe und langjährige Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski (1928–2017) in seinem Buch »Die einzige Weltmacht« (1997) zu eigen gemacht und damit Einfluss auf die US-amerikanische Politik ausgeübt.

Chinesisch-russisches Infrastrukturprojekt One Belt, One Road

In jüngster Zeit hat die Mackinder'sche Herzland-Theorie erneut, wenn auch in anderer Weise, spektakuläre Bedeutung erlangt, nachdem China und Russland zur Erschließung des eurasischen Doppelkontinents das One-Belt-One-Road-Projekt in die Wege geleitet haben. Namhafte Wirtschaftsanalysten beklagten schon vor mehreren Jahren, dass sich die deutsche Wirtschaft nicht an diesem »größten Wachstumsprojekt der neueren Geschichte« beteilige.⁵ Das hat jedoch erst mit großer Verzögerung in die Berliner Politik Eingang gefunden, nachdem sich die Mitglieder der Shanghai Cooperation Organization im Juni 2018 in Qingdao/China getroffen und sich ihrer Zusammenarbeit versichert haben, insbesondere Wladimir Putin und Xi Jinping. Worum geht es dabei?

Peking und Moskau planen im Rahmen der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organization unter Einbeziehung der übrigen BRICS-Länder und weiterer Staaten den Aufbau eines gigantischen interkontinentalen Infrastrukturnetzes von China über Wladiwostok und

Sibirien bis Moskau und Westeuropa, an das auch Indien, Afrika und der arabische Raum angeschlossen sind.⁶ Dazu gehört die verkehrsmäßige und wirtschaftliche Erschließung bisher peripherer Regionen mit ihren Ressourcen. Gelingt dies, würde unabhängig von den Flugzeugträgern der USA ein riesiger Binnenmarkt auf der größten zusammenhängenden Landfläche der Welt entstehen mit der Folge, dass die Vereinigten Staaten nur noch eine übermäßig hochgerüstete Regionalmacht zwischen Pazifik und Atlantik wären. Von China wurden für dieses Vorhaben, das auch den Ausbau der ursprünglichen Seidenstraße umfasst, mehr als 1000 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt.

Die USA versuchen das Megaprojekt mit allen Mitteln zu hintertreiben, unter anderem durch die allein dem eigenen Vorteil dienende Abspaltung Westeuropas von Russland sowie durch Entziehung von Wirtschaftskraft. Die Wirtschafts- und Finanzeliten befürchten den Untergang ihres Imperiums, wenn die Vereinigten Staaten den Einfluss als Weltmacht Nr. 1 verlieren sollten. Die Sanktionen, unter denen die deutsche Wirtschaft besonders leidet, sind eine von zahlreichen Maßnahmen, die auch während der Corona-Krise fortgesetzt wurden.

Trotz aller Warnungen schlug Italien selbstbewusst einen eigenen Weg ein, indem es als erstes Mitglied der führenden sieben Industriestaaten aus dem von den USA vorgegebenen Boykott des Projekts ausscherte. Am 23. März 2019 unterzeichneten der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte und der chinesische Präsident Xi Jinping einen Vertrag über die Beteiligung Italiens an dem »Infrastruktur- und Handelsprojekt Neue Seidenstraße«.⁷ Einwendungen dagegen erhob im Sinne der USA unverzüglich der deutsche Außenminister Heiko

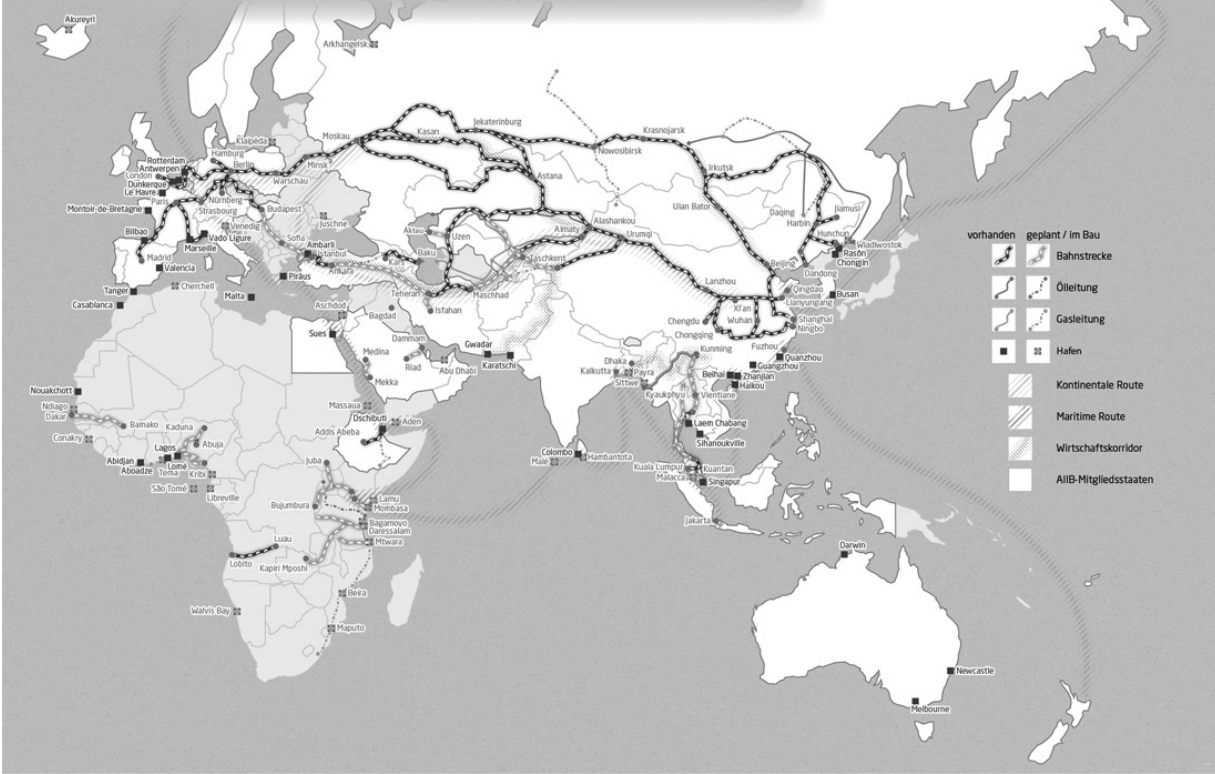
Maas. Mit scharfen Worten kritisierte er den Alleingang Italiens. China verfolge die eigenen wirtschaftlichen Interessen »*global beinhart*«, so Maas, und das könne für Italien bald zu einem »*bitteren Beigeschmack*« führen.⁸

Aber die deutsche Regierung wird sich umorientieren müssen, denn Ende April 2019 reisten zum »Seidenstraßen-Gipfel« in Peking Vertreter aus mehr als hundert Staaten an, darunter 38 Staats- und Regierungschefs, Verträge über etwa 64 Milliarden Dollar wurden abgeschlossen.⁹ Die USA schickten keinen Delegierten, und der deutsche Wirtschaftsminister, der in der zweiten Reihe saß, warnte »*vor der Gefahr, dass diese Investitionen politische Entscheidungen beeinflussen*«¹⁰.

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 26. April 2019 berichtete, befürchten Kritiker, dass finanziell schwache Länder in eine Schuldenfalle und wachsende Abhängigkeit von China geraten könnten. Ein weiterer Vorwurf lautete, dass China Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards nicht einhalte. Auch wurde kritisiert, es kämen vor allem chinesische Staatsfirmen beim Bau von Brücken oder Straßen zum Zug. Die Initiative, die eigentlich verbinden solle, dürfe keine Einbahnstraße sein, so die deutsche Industrie,¹¹ die eine Teilhabe an den ökonomischen Vorteilen anstrebt, während sich die deutsche Regierung inzwischen abwartend verhält.

Die neue Seidenstraße: Chinas weltweites Infrastruktur-Netzwerk

Häfen, Bahnlinien und Energieleitungen sind Teil der „Belt and Road“-Initiative



Karte des One-Belt-One-Road-Projekts

Natürlich ist die Dominanz der Chinesen mit ihrer Überproduktion, für die immer weitere Absatzmärkte benötigt werden, zu berücksichtigen, ebenso der militärisch-strategische Aspekt. Für Russland, das an dem Projekt beteiligt ist, dürfte es nach der Trennung von Westeuropa schwer sein, dem chinesischen Übergewicht standzuhalten. Damit könnte im Osten Russlands eine - von den USA offenbar angestrebte - konfrontative Situation entstehen. Dem müsste eine Neuorientierung der europäischen Politik Rechnung tragen, was jedoch sträflicherweise nicht geschieht. Insofern steht Wladimir Putin mit dem Rücken zur Wand. Da die Außenpolitik Deutschlands und der EU von Washington mitbestimmt wird, fehlt es an einer eigenen wirtschaftspolitischen

Strategie. Das gilt nicht nur für die Beziehungen zu Russland, sondern auch hinsichtlich des Neue-Seidenstraße-Projekts.

USA vs. China und Russland

Das fatale Aggressionsbündnis soll erweitert werden

Heute gilt es zu bedenken, dass die wachsende Wirtschaftskraft Deutschlands Anfang des 20. Jahrhunderts und die damals beginnende Erschließung Eurasiens für die Weltmacht Großbritannien ein wesentlicher Anlass für die Planung des Ersten Weltkriegs war. Eine Parallele zur damaligen Situation stellt jetzt der chinesische Aufstieg in die Riege der bedeutendsten Wirtschaftsnationen dar sowie die erweiterte Erschließung Eurasiens durch das One-Belt-One-Road-Projekt.

Von der Corona-Krise zeitweise völlig überlagert und währenddessen in den Medien nur beiläufig erwähnt, hat sich die Rivalität zwischen den USA und China unter Einbeziehung Europas seit dem Frühjahr 2020 gefährlich zugespitzt. Wie dem Berliner *Tagesspiegel* am 5. Mai 2020 zu entnehmen war, könnte es einem Bericht des chinesischen Geheimdienstes zufolge zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen.¹² Und es sieht danach aus, dass den Europäern eine gravierende Entscheidung aufgezwungen werden soll: USA oder China, das ist das erpresserische Entweder-oder, das die Führung der USA, wer immer dahintersteht, Deutschland und Europa zumuten will.

Dazu gab Matthias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer Verlagsgruppe, zu der *Bild* und *Welt* gehören, die Parole aus, Europa müsse die wirtschaftliche Kooperation mit China beenden und sich eindeutig gegen

die Volksrepublik aufseiten der USA positionieren. Döpfner, der Mitglied der Atlantik-Brücke und des US-Thinktanks Council on Foreign Relations ist, sagte: »Wenn die Corona-Krise überstanden ist, müssen sich die Europäer in der Bündnisfrage entscheiden: Amerika oder China? Ein Dazwischen gibt es nicht mehr.«¹³ Wirtschaftliche Verflechtungen mit China führten unweigerlich zu politischer Abhängigkeit, so Döpfner. Daraus ergebe sich, dass die Freiheit Europas und die langjährige transatlantische Partnerschaft bei einer Weiterführung der Beziehungen zu China auf dem Spiel stehe. Ein existenzbedrohendes Szenario mitten in der schwierigsten Krisensituation seit Ende des Zweiten Weltkriegs!

Auf die Spitze treiben die USA die Auseinandersetzungen, indem sie China willkürlich für die Corona-Pandemie verantwortlich machen und ihre Schulden von etwa einer Billion Dollar gegen die ihnen entstandenen Schäden aufrechnen wollen. US-Präsident Donald Trump hatte im Mai 2020 erklärt, es sei noch kein finaler Betrag ermittelt worden, doch der werde erheblich sein.¹⁴ Außerdem befeuern die USA den Streit in Hongkong und um die Separationsbewegung der Uiguren, wobei auch hier wieder das Prinzip »Teile und herrsche« zur Anwendung kommt.

Um sich wirtschaftliche und strategische Autonomie zu erhalten, müsste sich Europa endlich dazu aufrufen, dem monopolaren Machtanspruch der USA entgegenzutreten. Dazu bedürfte es jedoch einer gemeinsamen geopolitischen Linie, die derzeit nicht erkennbar ist, im Gegenteil: Auf Betreiben des in verschiedenen US-Netzwerken aktiven Grünen-Europapolitikers Reinhard Bütikofer¹⁵ – offenbar als Strohmann – wurde von einem parteiübergreifenden Bündnis von Abgeordneten aus acht Parlamenten die

»Interparlamentarische Allianz zu China« (IPAC) gegründet. Dazu erklärte Bütikofer, die IPAC wolle *»auf eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der China-Politik«* drängen. Denn das heutige China sei *»ein systemischer Rivale unserer Demokratien und stellt für uns eine geopolitische Herausforderung dar, die wir nicht ignorieren können«*.¹⁶ Hier sammeln sich also Politiker, die im Sinne der USA Propaganda gegen China betreiben und Einfluss auf die Außenpolitik der Europäischen Union auszuüben beabsichtigen.

Neben Bütikofer wurde die konservative slowakische EU-Abgeordnete Miriam Lexmann Co-Vorsitzende der Allianz. Sie tritt für eine *»wertebasierte«* Außenpolitik der EU gegenüber China ein, *»um den Risiken zu begegnen, die von Chinas autoritärer und durchsetzungsstarker Politik ausgehen«*.¹⁷ In einer Erklärung der IPAC heißt es: *»China unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas stellt eine globale Herausforderung dar. ... Wenn sich Länder für die Werte und Menschenrechte eingesetzt haben, haben sie dies manchmal allein und zu hohen Kosten getan. Kein Land sollte diese Last alleine tragen müssen.«*¹⁸

Bütikofer, der zum Beispiel gemeinsam mit dem russophoben Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Norbert Röttgen, der auch Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke ist, gegen den Weiterbau von Nord Stream 2 opponiert hat, hält nicht nur Russland, sondern auch China – nicht jedoch die USA – für eine Gefahr für den Weltfrieden. Seit Jahren bieten er und Röttgen ein beschämendes Beispiel für eine Interessenpolitik im Sinne und zum Vorteil der USA. Sie sind nicht die Einzigen, und diese Haltung wird offenbar belohnt. So fragt man sich, wie Röttgen im Frühjahr 2020

plötzlich für die Kanzlerkandidatur auf der Agenda erscheinen konnte und warum er hochgespielt wurde.

Ebenso wie beim Bau der Ostseepipeline ließen die USA in der Chinafrage nicht locker. Am 14. Juli 2020 unterzeichnete Donald Trump ein Sanktionsgesetz, um China für »*repressive Aktionen*« gegen die Menschen in Hongkong zu bestrafen. Damit könne die US-Regierung, so Trump, wirksam gegen Personen und Institutionen vorgehen, »*die Hongkongs Freiheit auslöschen*«. [19](#) Außerdem entzogen die USA Hongkong den Sonderstatus. Peking kündigte Gegenmaßnahmen an.

Anlass für das »Hongkong-Autonomiegesetz«, das vom US-Repräsentantenhaus und dem Senat ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde, war ein von China erlassenes »Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong«. [20](#) China betrachtet den Vorstoß Washingtons als Eingriff in die inneren Angelegenheiten und die in Unruhen ausgearteten Demonstrationen als subversive und separatistische Terroraktionen.

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE (1994–2000), Willy Wimmer, stellt die Frage, welche Faktoren dazu beigetragen haben, die Lage in Hongkong eskalieren zu lassen: »*War es der Einsatz für die Rechtsregeln, die beim Übergang Hongkongs in die letztendliche Jurisdiktion Chinas als Gebiet weitestgehender Selbstverwaltung vereinbart worden sind und zwar zwischen London und Beijing? Oder drohte über Forderungen auf den Straßen eine Abspaltung Hongkongs von China und damit die Zerstörung der mit London ausgehandelten Bestimmungen?*« [21](#)



Unruhen in Hongkong

Wimmer ist sich nicht schlüssig. Die Kernfrage sei gegenwärtig, so meint er, was eine Gesellschaft zusammenhält, *»nicht nur in den Vereinigten Staaten, wie die ganze Welt beobachten kann«*. Der Zugriff Pekings auf Hongkong mache auch deutlich, *»dass China keine Antwort auf die Herausforderungen von heute findet, es sei denn, die der puren Macht«*. Doch es bleibt die Frage, wie sich souveräne Staaten gegen die ständigen Übergriffe der USA, die im Zweifelsfall brutal militärisch vorgehen, letztlich schützen können.

Dass die chinesische Regierung einen Krieg mit den USA auf jeden Fall vermeiden will, ist offensichtlich. Dennoch verfolgt sie unbeirrt ihre Politik des eigenen Weges. Eine wirkungsvolle Antwort auf die US-Sanktionen ist beispielsweise das Freihandelsprojekt *»Regional*

Comprehensive Economic Partnership« (RCEP) vom November 2020 für den Asien-Pazifik-Raum. An dem von China initiierten Abkommen sind 15 Staaten aus der Pazifikregion beteiligt – mit 2,2 Milliarden Menschen sowie etwa einem Drittel der globalen Wirtschaftsleistungen –, einschließlich der US-Alliierten Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland.²² Es ist die größte Freihandelszone der Welt und wird nach Prognosen von Wirtschaftsanalysten das Handelsvolumen der EU übersteigen.

Konfrontationskurs der USA und Großbritanniens gegen China

Eine weitere US-Intervention mit dem Ziel, die chinesische Wirtschaft zu schädigen, ist das Vorgehen gegen den Konzern Huawei. Die deutsche Regierung sperrte sich gegen Forderungen aus Washington, das Telekommunikationsunternehmen von der Ausrüstung des deutschen Mobilfunknetzes (5G-Ausbau) mit Huawei-Technik auszuschließen, um nicht ins technologische Abseits zu geraten. Daraufhin drohte US-Botschafter Richard Grenell (2018-2020), die Weiterleitung von Geheimdienstinformationen an die deutschen Dienste zu begrenzen. Angeblich gefährdet der seit März 2014 von der NSA bespitzelte Telekommunikationsausrüster, dem Trump Spionage und eine zu große Nähe zur »kommunistischen« Regierung Chinas vorwirft, die Sicherheit der USA und »befreundeter« Staaten.²³ Wie immer fehlt es an Beweisen.

Nachdem Präsident Trump am 15. Mai 2019 per Dekret den »nationalen Notstand« für die Telekommunikation erklärt hatte, konnte die US-Regierung Geschäfte von amerikanischen Unternehmen mit »gegnerischen« Staaten